

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonntag und ist durch alle Botanikalien, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangolohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgelegt sein. Die 5gespaltene Beizeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 52.

Sonntag, den 27. Dezember.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstagvormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die gesamte Tabakarbeiterschaft Deutschlands nebst ihren sämtlichen Hilsgewerben!

Kollegen und Kolleginnen! Der Termin des von uns bekannt gegebenen Kongresses zur Abwehr der uns drohenden Tabaksteuerbelastung ist der 18. Januar 1909, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Berlin, S. O. 16, Engelufer 15, großer Saal.

Wir ersuchen nun, wo Delegierte zu diesem Kongress noch nicht gewählt sind, dieses schleunigst nachzuholen. Die Bureaus der Versammlungen, in welchen Delegierte gewählt worden sind, haben Mandatsformulare von ihren betreffenden Bezirksleitern zu beziehen, die seitens des Bureaus auszufüllen und von demselben mit Unterschrift zu versehen sind. Die Bezirksleiter sind bereits im Besitze dieser Mandatsformulare. Die Delegierten des 15. Bezirkes haben sich betreffs der Abforderung an den Unterzeichneten zu wenden. Jeder Delegierte hat bei dieser Meldung sofort mit anzugeben, ob Logis für ihn besorgt werden soll oder nicht.

Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
Wilhelm Boerner, S. 42, Berlin, Ritterstr. 15. pt.

Weihnachten der Tabakarbeiter.

Fast alljährlich bereitet die Reichsregierung zu Weihnachten den armen Tabakarbeitern arges, schweres Herzeleid. Stehen die Tabakarbeiter auch jährlich um mehr als 300 Mk. hinter dem Lohn Einkommen der Arbeiter anderer Industrien zurück, zählen sie sonach zu den ärmsten Arbeitern, so suchen sie doch, wie die große Volksmasse, das Weihnachtsfest für sich und ihre Familien so freudreich zu gestalten, als es unter ihren traurigen Existenzverhältnissen nur möglich ist. Aber fast alljährlich vergiftet ihnen die Sorge um die sowieso traurige Existenz die Freude am Weihnachtsfest.

Sobald das deutsche Reichsparlament zusammentritt, müssen sie fast regelmäßig den Kampf vorbereiten und beginnen gegen die Vernichtung ihrer Existenz, gegen die drohende Arbeitslosigkeit, die als sichere Folge für Rehtausende eintreten müßte bei einer höheren Besteuerung des Tabaks. Und da niemand sicher weiß, wen das traurige Los der Arbeitsentlassung betreffen würde, so ist die Unsicherheit, die Angst und die Sorge unter den Tabakarbeitern allgemein. Und weil kurz vor Weihnachten der Reichstag zusammentritt, so tritt die Geist und Gemüt verbitternde und tödende Angst immer um Weihnachten unter den Tabakarbeitern auf, denen Weihnachten seit langen Jahren alles andre als ein Fest der Liebe und des Friedens war.

Wüßten wir nicht, daß das Defizit in den Finanzen des Reichs eine dauernde, alljährlich wiederkehrende Folge des herrschenden Systems, der militäristisch-bureaucratisch-ausbeuterischen Wirtschaft sein muß, so könnte man auf den Gedanken kommen, es läge System in der alljährlich um Weihnachten wiederkehrenden Beängstigung der Tabakindustrie. Aber nicht nur, wenn neue Tabaksteuervorlagen dem Reichstag vorgelegt wurden, trat die Beängstigung ein, sie wurde fast in jeder Etatsrede der Schatzsekretäre geschildert betrieben, seitdem die Tabakfabriksteuer 1895 entschieden und endgültig abgelehnt wurde.

Als ob die Regierung diese Ablehnung nicht verwinden könne, ließ sie bei passender und unpassender Gelegenheit durch den Mund ihrer Vertreter verkünden, sie halte den Tabak für ertragsfähiger und werde ihn bei neuen Steuererhöhungen in Betracht ziehen. Bekannt ist das Wort des ehemaligen Schatzsekretärs v. Thielmann, daß man Steuern schaffen müsse, „die zu Buch schlagen, wie bei Tabak und Bier“, bekannt ist ferner, daß sein Nachfolger, Freiherr v. Stengel, unablässig auf einer Erhöhung der Tabaksteuer bestand, und jetzt sehen wir, daß der neue Schatzsekretär Sydow sogar die Vandalensteuervorlage dem Reichstage unterbreitet hat, obwohl im vorletzten, wie im letzten Jahre Redner der Blockmehrheit im Reichstage bestimmt versichert haben, daß ihre Fraktionen die Vandalensteuer nicht bewilligen würden.

Trotz alledem trat die Regierung dreist mit dem ungeheuerlichen Projekt vor den Reichstag, vielleicht nur mit der Absicht, ihn zu zwingen, höhere Tabaksteuererträge zu bewilligen, wenn auch in anderer Form. Wie soll man ein so rücksichtsloses Verfahren bezeichnen? Erlaubte sich eine Regierung in einem parlamentarisch regierten Lande dergleichen Rücksichtslosigkeiten, man würde sie sofort über die Klinge springen lassen. Schließlich kommt jedoch nicht bloß die unparlamentarische Rücksichtslosigkeit der Regierung in Frage, sondern das weit schwerer wiegende Mo-

ment, daß mit dergleichen Steuervorlagen die gesamte Volkswirtschaft geschädigt, das soziale Elend vermehrt und der Klassenkampf geschürt und verschärft wird.

Das soziale Elend der Tabakarbeiter wird schon vermehrt durch die Beunruhigung der Tabakindustrie mit angebotenen Steuerprojekten, denn sie hindern die stete Entwicklung der Industrie. Von jeder Depression in der Industrie haben die Arbeiter den größten Schaden. Verkürzung der Löhne, Vorschritt eines minimalen Pensums oder gar Entlassung wegen Mangel an Aufträgen ist die barbarische Folge brutaler steuerlicher Eingriffe in die Industrie.

Ist es ein Wunder, wenn die so Mißhandelten und Ausgebeuteten mit den bittersten Gefühlen den falschen Trost, die trügerische Hoffnungsmacherei, die von christlichen Vertretern und Verteidigern der bürgerlichen Gesellschaftsordnung an ihnen versucht wird, zurückweisen? Müßten sie nicht aus der Lieblosigkeit und Herzlosigkeit, aus der brutalen Ausbeutung durch die herrschenden Klassen die Ueberzeugung gewinnen, daß man nur ein elendes Soukelspiel mit ihnen treibt, um ihren Zorn, ihre Entrüstung, ihre Willensstärke zu dämpfen, und ihre Absicht, dem ein Ende zu machen, zu durchkreuzen?

Nur ein Gedanke ist noch imstande, sie aufrecht zu erhalten und neue Hoffnung in ihnen zu nähren, der Gedanke, daß nur die Gemeinsamkeit des Denkens und Handelns der gesamten Arbeiterschaft dem Unheil ihrer Ausbeutung ein Ende setzen kann. Nur die Solidarität ist der Hebel, den die Arbeiter zu ihrer Befreiung aus ökonomischen Banden und politischer Unterdrückung ansetzen können.

Wenn ihnen der rücksichtslose Steuerkampf diese Erkenntnis beibringt, dann gibt es für sie noch ein Aufatmen, ein Kraftschöpfen, das sie mit vollem und freudigem Bewußtsein übertragen auf den Kampf, den sie zu ihrer Befreiung selbst führen müssen. Mit dem Munde predigen ihre Gegner zum Weihnachtsfeste Liebe und Frieden; ihre Taten aber predigen Haß und Kampf. Erst wenn dieser Widerspruch beseitigt ist, erst wenn die völlige Gleichberechtigung aller erkämpft sein wird, dann wird das Weihnachtsfest auch für die Arbeiter ein Fest der Liebe und des Friedens werden können.

Jetzt freilich müssen die Tabakarbeiter alle Kräfte noch zusammenrassen, um den Schlag abzuwehren, der ihre Existenz treffen wird; jetzt müssen sie rüsten, um den heimtückischen Streich zu verhindern, der mit einer andern Steuerform als der Vandalensteuer aus dem Hinterhalt, aus dem Nonventikel der Helfershelfer der Regierung gegen sie, gegen ihre Industrie geplant wird; jetzt müssen sie gegen Heuchelei, ja Verräterei ankämpfen -- und da sollen sie fröhliche Weihnachten feiern!

Nein, wahrlich! Widermärtigeres kann ihnen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die man fälschlich eine göttliche nennt, nicht bieten! Wer Haß sät, kann nicht Liebe ernten! Wer zum Kampf reizt, kann nicht den Frieden wollen!

Klassenethik.

Die Sittlichkeit bildet das Band, das die menschlichen Gemeinschaften zusammenhält. Ohne die gegenseitige Treue, Solidarität, Wahrhaftigkeit und Selbstaufopferung ihrer Mitglieder konnten sie nicht bestehen bleiben. Diese Gefühle gelten nur innerhalb der Gemeinschaft, der man angehört, mit der man durch dieselben Interessen verbunden ist. Hier sind sie notwendig; wo diese Interessen mit denen anderer Gruppen kollidieren, wären sie schädlich. Dem Feinde gegenüber, mit dem man kämpft, haben die sozialen Gefühle keine Geltung; man opfert sich nicht für ihn, übt keine Treue oder Solidarität gegen ihn, sondern man sucht ihn zu schwächen und zu schädigen. So handelt in der primitiven Gesellschaft Stamm gegen Stamm, so in der zivilisierten Welt Klasse gegen Klasse.

Wenn wir in solcher Weise die Tatsache feststellen, daß das Sittengesetz bei allen Klassen und Gruppen nachweislich immer nur gegen Genossen, nicht gegen Feinde anerkannt wird, entrüsten sich unsere Gegner darüber und stellen es so hin, als empfehlen wir den Arbeitern den Klassenhaß als spezielle sozialdemokratische Ethik. Man kann es verstehen, daß ihnen die Feststellung der Wahrheit, daß überall nur nach einer Klassenethik gehandelt wird, unangenehm ist. Daß ihnen dabei das Unglück passiert, daß sie gerade durch diese falsche Darstellung unserer Lehre bezeugen, daß für sie dem Feind gegenüber die Pflicht der Wahrhaftigkeit nicht gilt, sei hier nur nebenbei erwähnt. Die Wichtigkeit dessen, was wir über die Ethik sagen, wird tagtäglich durch ihre Taten bewiesen.

Wie befolgt der Kapitalist seinen Arbeitern gegenüber die sittlichen Gebote, seinen Nächsten wie sich selbst zu lie-

ben und das Eigeninteresse für dessen Wohl zurückzustellen? Er kann sie nicht befolgen, auch nicht, wenn sie noch keinen Klassenkampf führen und sein Herz von Wohlwollen gegen sie überfließt. Die Konkurrenz zwingt ihn, den Arbeitern Hungerlöhne zu zahlen und ihre Gesundheit durch lange Arbeitszeit zu untergraben. Würde er sie nach den sittlichen Geboten behandeln, so wäre sein Bankrott sicher. Dem Profit muß er die Nächstenliebe opfern.

Hier handelt es sich noch nicht einmal um eine feindliche Klasse, sondern bloß um die andre Klasse. Wenn aber die Arbeiter sich nicht mehr willenlos ausbeuten lassen, wenn der Klassenkampf entbrannt, dann schwindet sogar der heuchlerische Schein des Wohlwollens, dann treten feindliche Gefühle hervor. Dann stehen Arbeiter und Kapitalisten ineinander nur feindliche Klassen, die im eigenen Interesse genötigt sind, einander möglichst zu schwächen. Der Kapitalist sperrt auf Beschluß des Unternehmerverbands die Arbeiter aus; er verurteilt sie zum Hunger, um seinen Klassengenossen, seiner Klasse zu helfen. Der feindlichen Klasse gegenüber herrscht Kriegsrecht statt Sittengesetz, schweigen alle sozialen Gefühle. Nicht den Mitmenschen lieben, sondern den Feind besiegen, gilt hier als Grundsatz.

Und hier verkündet die herrschende Klasse selbst, nicht nur durch Taten, sondern auch in ihren Worten die Nichtigkeit unserer Theorie. Klar trat das neulich bei der Interpellation über die Radbod-Katastrophe zutage.

Die Bergarbeiter fordern seit lange ein gutes Bergarbeitergesetz und namentlich Arbeiterkontrolleure. Wären diese, ihren Forderungen gemäß, schon früher eingeführt worden, so wären die Opfer des Radbod wahrscheinlich noch am Leben. Durch solche Maßnahmen haben die herrschenden Klassen es in der Hand, künftige Katastrophen zu verhindern und das Leben tausender Arbeiter zu retten. Aber sie wollen nicht. Sie lassen lieber ihre Mitmenschen zugrunde gehen, als daß sie selbst das Opfer einer kleinen Verringerung ihres Profits bringen.

Das ist die Tatsache. Aber die herrschende Klasse will das nicht eingestehen, daß sie diese Menschenleben dem Profit opfert. Sie leugnet es ab. Sie gibt andre Gründe für ihre Weigerung. Durch den Mund des Ministers Delbrück sagte sie, diese „soziale Einrichtung“ würde „politisch ausgenutzt“ werden, sie würden „das gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitern und Verwaltung stören. Daß dies in Wirklichkeit nichts andres bedeutet, als daß die Profite der Unternehmer nicht durch höhere Anforderungen an Sicherheitsvorrichtungen geschmälert werden sollen, ist klar.

Solange die Arbeiter sich willig ausbeuten lassen, versuchen die Ausbeuter den Klassenkampf zu vertuschen, das Klassenbewußtsein nicht aufkommen zu lassen. Darauf beruht ihre Herrschaft. Mögen die Arbeiter noch so schäblich behandelt werden, theoretisch gelten sie als Brüder, als Mitmenschen. Nicht die sittlichen Pflichten gegen sie werden geleugnet, sondern die Tatsache, daß diese verletzt werden, wird bestritten oder entschuldigt. Sobald jedoch die Arbeiter für ihre Klasse, für ihre Freiheit zu kämpfen anfangen, wird ihnen sogar dieser theoretische moralische Schutz entzogen. Auch in der Phrase gelten sie nicht mehr als Brüder. Gegen den Klassenfeind gibt es keine sozialen Pflichten; ihr Leben wird vernichtet, wenn unreife Machtstellung es erfordert. Das ist die Klassenethik, die brutal und offen in dem Munde der Wortführer des Kapitalismus als geltendes, anerkanntes Sittengesetz aufgestellt wird. —

Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks.

Der Verein der Hilfsindustrien des Tabakgewerbes hat eine Petition gegen die Tabaksteuervorlage an den Reichstag gerichtet, aus der wir folgende Angaben abdrucken:

Bei der bevorstehenden verfassungsmäßigen Verabschiedung des Entwurfs eines Tabakverbrauchsteuergesetzes steht sonach für die Hilfsindustrien des Tabakgewerbes außerordentlich viel auf dem Spiel. Wir haben uns vereinigt, um in gemeinsamer Darlegung dem hohen Reichstag nachzuweisen, welche Verluste uns, unsern Angehörigen und Arbeitern und damit auch der allgemeinen Volkswohlfahrt drohen. Es kommen dafür in der Hauptsache in Betracht:

- die Risten und Wickelformenfabrikation;
- die lithographischen Anstalten, Stein- und Buchdruckereien;
- die Zigarrenbandfabrikation;
- die Papierfabrikation;
- die Eisengießereien und Maschinenfabriken,

Warum nicht gemeinsam?

In der Nr. 28 vom 4. Dezember der Deutschen Tabakarbeiter-Zeitung, Organ des christlichen Verbands, wird die obige Frage aufgeworfen. Nachdem das christliche Blatt in einem längeren Artikel sich mit der Völkischer Volksmacht auseinandergesetzt, kommt das Blatt zu Angriffen gegen die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands. Wir überlassen der Völkischer Volksmacht, sich über das sie Betreffende mit dem christlichen Blatte auseinanderzusetzen und wenden uns nur gegen die Angriffe, die uns angehen.

Erstens behauptet das christliche Blatt, daß die auf dem Kongreß von 1893 von allen Tabakarbeitern gewählte Zentralkommission ihren „neutralen“ Standpunkt bald verlassen habe. So habe sie, als sie 1905 in Tätigkeit trat, nur den sozialdemokratischen „Tabak-Arbeiter“ als Veröffentlichungsorgan für ihre Aufrufe usw. benützt und so den „freien“ Tabakarbeiterverband als den alleinigen Vertreter der gesamten Tabakarbeiterschaft Deutschlands anerkannt; ihren Verband hätten wir anscheinend absichtlich damals übersehen.

Von 1893 bis 1905, also 12 Jahre, hatten diese christlichen Kollegen gegen unsere Neutralität nichts einzuwenden gehabt. So groß dieser Vorwurf nun ist, so ungegründet ist derselbe. Genau so wie 1905 haben wir uns auch 1893 nur an den „sozialdemokratischen“ Tabak-Arbeiter mit unsern Aufrufen gewendet, in allen Fällen aber mit dem Ersuchen an die gesamte Arbeiterpresse um gefälligen Abdruck. Des weiteren waren alle unsere Aufrufe an die gesamte Tabakarbeiterschaft gerichtet. Wir konnten doch nicht wissen, daß sich christliche Tabakarbeiter nicht zur gesamten Tabakarbeiterschaft rechnen würden, oder ihr Organ sich nicht als Arbeiterblatt betrachtet. Daß wir den christlichen Verband anscheinend übersehen hätten, müssen wir entschärfen zurückweisen, indem wir uns an keinen Verband, sondern immer und immer nur an die gesamten Tabakarbeiter Deutschlands gewendet haben und zwar im „Tabak-Arbeiter“, „dem Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“.

Zum Ueberfluß können wir auch noch darauf hinweisen, daß wir des öfteren in unseren Aufrufen uns an die „christlichen“, „Kirch-Dunderschen“ oder freien gewerkschaftlichen Verbände und ebenso auch an Nichtorganisierte gewendet haben.

Zweitens macht uns das christliche Blatt den Vorwurf, daß wir uns im Kampfe von 1905/06 gegen die Tabaksteuer an die Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle, Wahlvereine, mit dem Ersuchen gewendet haben, uns durch Verbreitung unserer Flugblätter Nr. 3 zu unterstützen. Ganz besonders glaubt es uns einen Vorwurf machen zu müssen, daß wir geschrieben hätten: „Die sozialdemokratische Partei hat bei früheren Projekten ähnlicher Art in den ersten Reihen der Kämpfer zur Bekämpfung dieser Projekte gestanden. An die Parteigenossen im ganzen Reiche wenden wir uns mit der Bitte, uns bei der Verteilung dieser Flugblätter zu unterstützen zu wollen.“ Durch diese Flugblätter in der Auflage von einer Million wandten wir uns an die gesamte Bevölkerung Deutschlands, um die uns drohende Gefahr beizutreiben zu helfen. Wie diese christlichen „Gewerkschaftler“ selbst zugeben, haben wir uns an die Gewerkschaften gewandt und dort Hilfe gesucht. Auch hier fühlten sie sich nicht gemüßigt, bei der Verteilung dieser Million-Flugblätter auch in ihren Kreisen volle Aufklärung zu verbreiten. Daß wir uns auch an die sozialdemokratische Partei gewendet, ist für jeden denkenden Menschen selbstverständlich. Man nimmt die Hilfe da, wo man ihrer sicher ist. Eine Partei von 3/4 Mill. Stimmen im Reiche können doch unsere christlichen Kollegen selbst nicht von der Bildfläche verschwinden lassen. Gätten wir gehofft, bei der Zentrumsparthei dieselbe Hilfe zu finden, hätten wir uns auch an diese gewandt. Daß wir dies nicht konnten, beweist das Verhalten der Zentrumsparthei bei der Beschlußfassung über die Zigaretten-Bandrolsteuer im Reichstage am 18. Mai 1906. Hier stimmte die Zentrumsparthei geschlossen (mit zwei Ausnahmen) für dieselbe. Hierdurch gab sie dem Steuer-Teufel den kleinen Finger; nun will derselbe auch die ganze Hand nachholen. Hieraus ist klar zu ersehen, weshalb unsere christlichen „Kollegen“ nötig hatten, sich abwärts von uns zu stellen. Hier mußte der arme, hungriige Tabakarbeiter in ihnen schweigen, weil die Reichen und Großen der Zentrumsparthei ihren Geldbeutel für direkte Steuern verschlossen hielten; er mußte Disziplin üben; er mußte Selbstmord an sich begreifen. Wo war hier die Neutralität? Auf welcher Seite befand sie sich also?

Auf welchen isolierten, unbegreiflichen Standpunkt sich die christlichen Tabakarbeiter gestellt, geht schon aus der Frage der gewiß nicht sozialdemokratischen „Süddeutschen Tabakzeitung“, dem Organ der Fabrikanten, hervor, welche in der Nummer vom 13. September 1908 unter dem Titel: „Eine Frage an die christliche Gewerkschaft der Tabakarbeiter“, einen Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Organ des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappschaftsvereine Westdeutschlands, aus deren Nr. 36 vom 5. September, bringt. In diesem Artikel wird auch die Zigaretten-Bandrolsteuer in längeren Ausführungen behandelt und Stimmung dafür gemacht, und zwar in einer Art und Weise, daß die „Süddeutsche Tabakzeitung“ sich zu dem Sage verstieg, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das offizielle Regierungsorgan, könne das Projekt nicht wärmer verteidigen, und richtet dann die Frage an die christlichen Gewerkschaften: Wie sie sich zu einem solchen Artikel stellen?

Eine Antwort auf diese brennende Frage ist uns bis zur Stunde nicht bekannt geworden. Jedenfalls infolge der so strikten Innehaltung ihrer „Neutralität“!

Jedenfalls ist der „Süddeutschen Tabakzeitung“ die verlangte Antwort auch nicht zu Gesicht gekommen, denn dieses Organ der Fabrikanten sagte später folgendes:

„Von dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei brauchen wir eine solche Erklärung nicht. Wir wissen, daß die Parlamentarier dieser Partei geschlossen gegen jede weitere Belastung des Tabaks stimmen werden und haben somit das für die bürgerlichen Parteien beschämende Schauspiel, daß wir Tabakleute in diesen Mitgliedern des Reichstages unsere zuverlässigsten Freunde sehen müssen.“

Diese und noch Dutzende anderer Nachweise könnten wir noch bringen, aber wir begnügen uns, noch mit folgendem aufzuwarten. Dasselbe Fabrikantenorgan bringt in Nr. 147 d. J. einen Artikel: „Das Fazit der ersten Lesung des Tabak-Verbrauchssteuer-Gesetzes“, und führt in demselben unter anderem folgendes aus:

Trotz der vorstehend geschilderten Sachlage wird man vorsichtigerweise einen Beschluß der Kommission abwarten müssen, bevor man die Bänderrolfrage als endgültig erledigt betrachtet, wie man überhaupt gezwungen ist, aus den weiter darzulegenden Gründen dem ferneren Verlaufe der Verhandlung, welche die Tabakbesteuerungsfrage in der Kommission erfährt, mit größter Aufmerksamkeit zu folgen.

Diese Notwendigkeit entspringt der Erkenntnis, daß eine blinde Abgabe gegen jede Veränderung der Besteuerung des Tabakkonsums nicht in einer einzigen Rede enthalten ist, welche von den Vorführern der größeren Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages gehalten wurden. Die beiden rechtsstehenden Fraktionen, Konserver- und Freikonservative bekamen sich rücksichtslos als Anhänger einer härteren Besteuerung, wenn man von einigen Dissidenten abzieht. Der Redner des Zentrums, Herr Abg. Spahn, ließ vollständig durchblicken, daß seine Partei nicht abgeneigt sei, an einer Umgestaltung zur Tabakbesteuerung zur Erzielung höherer Einnahmen mitzuarbeiten; auf die hierzu von dem Redner geäußerten speziellen Wünsche brauchen wir heute nicht näher einzugehen.

Nach allem oben Angeführten können wir es wohl jedem unbefangenen Tabakarbeiter überlassen, ob die Neutralität von uns oder von den Christlichen geübt worden ist?

In ihrem Artikel sagen die Christlichen zum Schluß: „Da wirkt es doch wohl machtvoller, wenn jede Seite getrennt vorgeht und ihre ganze Kraft auf die Abwehr richtet. So haben wir es gehalten und werden es auch in Zukunft halten. Die Hauptsache ist, daß jeder Teil mit voller Ueberzeugung und mit aller Kraft die uns drohende Gefahr bekämpft.“

Aus diesem Schlußsatz ergibt sich, daß die christlichen Tabakarbeiter nicht nur einzelnen Abgeordneten, sondern der gesamten Zentrumsfraktion die Forderung der gesamten Tabakarbeiter geltend machen, welche dahin geht, im Reichstage gegen jede weitere Tabaksteuer-Belastung zu stimmen. Das ist unsere Ansicht über Neutralität.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
Z. A.: Wilhelm Börner, Berlin S. 42, Mittelstr. 15.

Warum sind die Frauen so schwer für die Gewerkschaft zu gewinnen?

Diese Frage ist schon oft gestellt und ebenso oft beantwortet worden. Sie muß aber immer wieder von neuem gestellt und beantwortet werden. Nur so wird es möglich werden, die Abneigung der Frau vor ernstesten Bestrebungen zu bekämpfen. Das ist nicht nur im Interesse der Männer, sondern auch im Interesse der Frauen selbst notwendig. Es wird aber nur möglich werden, wenn den Frauen immer wieder gezeigt wird, wie wenig begründet ihre Abneigung gegen ernstere, über die Geelligkeit hinausgehende Bestrebungen ist.

Die Frauen sind noch mehr wie die Männer geneigt, das Leben möglichst friedlich und heiter zu genießen und alles von sich fernzuhalten, was ihren Seelenfrieden stören könnte. Das kann man ihnen freilich nicht verdenken, und wenn sie dadurch, daß sie sich von allen ersten Dingen fernhalten, sich das Leben angenehmer gestalten oder es wenigstens von allen Unannehmlichkeiten freihalten könnten, so wäre es ihnen schon zu gönnen und gegen ihr Verhalten nicht das geringste einzuwenden.

Sie erreichen aber ihren Zweck nicht: immer mehr sind sie gezwungen, sich um das tägliche Brot zu sorgen, sich immer mehr ihre natürliche, sonnige Heiterkeit von der finstern einherstehenden Sorge verdüstern zu lassen. Die Frau war zwar niemals auf Rosen gebettet, aber ihre Pflichten waren in früheren Zeitaltern doch solcherart, daß sie in deren Erfüllung mehr Befriedigung fand, als dies heute der Fall ist. Deshalb war ihr Leben damals auch viel weniger von Unannehmlichkeiten und Widerwärtigkeiten durchsetzt und ihr Gemüt weniger von unangenehmen Zwischenfällen und dauern den Sorgen verdüstert. So war die Frau z. B. im Mittelalter, wo man das Handwerk noch nicht kannte und eine Großindustrie im heutigen Sinne noch nicht einmal voraussehen konnte, wo lediglich die Landwirtschaft bestand, die Frau der Universalhandwerker der Familie, wenn man ihre Tätigkeit als handwerkliche betrachten will. Sie spann, webte, färbte bekanntlich; den von ihr am Webstuhl hergestellten Stoff verarbeitete sie dann zu Kleidern. Sie vollzog alle Verrichtungen vom Schafzüchter bis zum Schneider, war Schuhmacher, Bäcker, Bierbrauer und Seifensieder der Familie, kurz, fertigte alle Gegenstände an, deren man in der Hauswirtschaft und sonst für das Leben bedurfte. Das war keine leichte Aufgabe für die Frau und ihre Töchter, die ihr dabei halfen, sie gaben ihr aber Befriedigung, Lebensinhalt. Und wenn mit der Erfüllung ihrer Auf-

gaben auch manche Sorge verknüpft war, so war dieselbe doch keineswegs so niederdrückender Art, wie die Sorge, von der die Frau heute bedrückt wird, wenn sie trotz allen Fleißes die Sorge um das liebe Brot bei sich immer lauter anklopfen hört und dabei weiß, daß alles, wonach sie begehrt, in reicher Fülle vorhanden ist; nur daß es für sie unerreichbar zu sein scheint.

Es ist klar, daß unter den früheren Verhältnissen der Frau ein Zusammenschluß mit ihresgleichen keinen Nutzen bringen konnte. Das war auch noch der Fall, als allmählich aus dem Schoße der Landwirtschaft heraus das Handwerk entstand, und dadurch Frau und Tochter eine Arbeit nach der anderen abgenommen wurde. Durch die Handwerker, die nun in immer größerer Zahl auftraten, und die sich immer mehr spezialisierten, so daß Weber, Schuhmacher, Schneider, Brauer, Lichtzieher und Seifensieder die produktiven Arbeiten, die die Frau bis dahin verrichtete, nun ausführten und die Frau immer mehr auf die Hauswirtschaft angewiesen blieb. Während die Männer, soweit sie ein Handwerk ausübten, mehr und mehr auf die Möglichkeit des Standeszusammenschlusses hingewiesen wurden und demzufolge ihre Innungen und Zünfte gründeten und pflegten, wurden die Frauen immer mehr solchen Bestrebungen entzückt; sie waren ja nur noch Hausfrauen und spielten nun noch mehr ausschließlich eine verwaltende Rolle; der erwerbende Teil der Familie war jetzt mehr noch als früher der Mann.

Das änderte sich erst, als die Manufaktur entstand, jene Art der Großindustrie, die zwischen dem Handwerk und der heutigen Großindustrie stand, die handwerksmäßig, d. h. mit Handwerkszeugen oder Handmaschinen, betrieb wurde und sich von dem Handwerk nur in der Hauptsache durch den größeren Umfang der einzelnen Arbeitsstätten und durch die durchgeführte Teilarbeit unterschied. Dank dieser bedurfte sie keiner eigentlichen Handwerker mehr und konnte sich mit Handarbeitern aller Art begnügen. So wurde auch die Frau für sie zum Ausbeutungsobjekt und fand in der Manufaktur Beschäftigung. Als dann später noch mehr vervollkommnete Maschinen durch elementare Kraft in Bewegung gesetzt wurden, konnte die Frau noch in größerer Zahl als bis dahin in der Großindustrie Anwendung finden, und heute stellt das weibliche Geschlecht in vielen Industrien schon die Mehrheit der Arbeitskräfte; in der Tabakindustrie sind ganze Fabriken fast nur von Frauen besetzt.

Die Dinge haben sich also vollkommen umgewandelt: während die Frau viele Jahrhunderte hindurch kein Interesse an einem Zusammenschluß mit ihresgleichen haben konnte, sollte sie es jetzt aber haben, denn jetzt bestimmt nicht mehr ihre Geschicklichkeit und ihr Fleiß ihr Wohlergehen und das etwaiger Angehöriger, die sie von ihrer Hände Arbeit zu ernähren hat, sondern das Angebot von Arbeitskraft. Und immer mehr Frauen bieten nun ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt an. Unter diesen Umständen muß der Lohn, der der einzelnen Frau für ihre Arbeit gewährt wird, fallen. Je mehr dies aber geschieht, fällt auch der Lohn des Mannes, dem sie durch ihre Arbeit eine unheilvolle Konkurrenz macht, womit sie, wenn sie einen arbeitenden Ehemann hat, sich und ihre ganze Familie schädigt. Die Frau wird aber trotzdem zu einem großen Teile von dem Gedanken befreit, daß sie in Vereinigungen, die den Zweck haben, die Arbeitsbedingungen vor Verschlechterung zu bewahren oder zu bessern, nichts zu suchen habe, und daß es lediglich Sache der Männer sei, sich ihnen zu widmen. Ja, vielfach will sie auch noch nicht einmal das letztere gelten lassen und macht auch noch dem Manne Schwierigkeiten, wenn er seiner gewöhnlichen Pflicht genügen will. Die Frau tut also gerade das Gegenteil von dem, was sie unter den veränderten Verhältnissen tun müßte, und sie tut dies nur, weil sie vielfach noch nicht einsehend, daß die veränderten Verhältnisse, die ihr heute ganz andere wirtschaftliche Aufgaben als früher zuzuwenden, ihr auch ein ganz anderes Verhalten den öffentlichen Angelegenheiten gegenüber vorschreiben: sie, die früher gewiß nichts versäumt hat, ihre Stellung als Hausfrau zu heben, ihre Arbeit zugunsten der Familie ergiebiger zu machen, sie versäumt jetzt nahezu alles, was ihre wirtschaftliche Stellung und die ihrer Familie heben könnte. Und das alles, weil sie nicht sieht, daß sie aus einer selbständigen Hauswirtschaftlerin nach und nach in eine elend bezahlte Fabrik- und Lohnsklavinnen verwandelt worden ist, der man aber trotz aller erduldeten Mühsal in der Fabrik auch noch die Sorge um die Hauswirtschaft als drückende Nebenbeschäftigung überlassen hat, so daß sie noch Feierabend in der Fabrik einen Teil jener hauswirtschaftlichen Tätigkeiten am Abend und zur Nachtzeit ausüben muß, die sie früher am Tage verrichten konnte. Die Lage der Frau ist also keine bessere, sondern eine schlechtere geworden, und die Frau hat allen Grund, an der Seite des Mannes dagegen zu kämpfen und Besserungen durchzusetzen zu suchen. Und weil dies nach Lage der Dinge nur in der Gewerkschaft möglich ist, so muß sie in dieser eine ebenso wichtige Rolle spielen, wie der Mann, sogar eine noch wichtigere, wo die Frauen den größeren Teil der Arbeiterschaft bilden.

Dies den Frauen klarzumachen, ihnen, die längst begriffen haben, daß sie nicht mehr die Sklavinnen der Männer sind und jetzt den Männern gegenüber ihre weibliche und persönliche Würde in viel höherem Maße wahren, als ihnen dies früher möglich war, das sollte nicht schwer halten, wie man meinen könnte. Und doch ist es schwer, weil es hierbei ein Jahrhundert altes Vorurteil zu überwinden gilt: daß die Frau an öffentlichen Bestrebungen nicht teilzunehmen habe. Doch wird ihr mit der Zeit doch beizubringen sein, daß dies, wenn es überhaupt jemals richtig war, doch heute nicht mehr richtig sein kann, wo die Frau ja längst ihrem früheren Wirkungskreise mehr und mehr entzogen worden ist.

Es muß der Frau aber auch zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie auch über die gewerkschaftlichen Bestrebungen hinaus sich für öffentliche Dinge interessieren muß, daß sie auch den politischen Vorgängen aller Art ihre Aufmerksamkeit zu schenken hat. Es kann ihr z. B. nicht

